

Der Bürgerrat

Kommentare von Dr. Manfred Pohl

Bürgerrat des Bundestages ausgelost: "Kann Demokratie bereichern"
WDR, Stand: 21.07.2023, 16:40 Uhr

„Bereichern“ kann man sie zur Zeit nicht. Zunächst müßten wir zu einer funktionierenden Demokratie zurückfinden. Die Chancen dafür stehen gegenwärtig nicht gut, weil die Verantwortlichen für den Demokratieverlust an der Macht sind.

Der Bürgerrat beschäftigt sich mit "Ernährung im Wandel".

Haben wir für einen Bürgerrat keine dringenderen Probleme? Zum Beispiel den Umgang der Regierung mit Mehrheitsmeinungen?

Ernährung ist ein Thema, das viele Menschen umtreibt und in ihrem Alltagsleben betrifft - daher entschieden sich die Regierungsfractionen hierfür. Der Bürgerrat wurde im vergangenen Mai per Parlamentsbeschluss eingesetzt, der Titel "Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben".

Daß es „viele Menschen umtreibt“, kann ich nicht sehen, sie ernähren sich, wie sie es für richtig halten. Etwas anderes aber kann man erkennen: Die von den Grünen in Gang gesetzte Bevormundung und Gängelung der Bevölkerung, wie man sich zu ernähren habe, soll also der Bürgerrat fortsetzen. Einen solchen „Bürgerrat“ braucht niemand.

"Unsere parlamentarische Demokratie braucht frische Ansätze, um das Vertrauen zu stärken", sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD).

Von „Stärken“ kann keine Rede sein. „Wiederherstellen“ wäre schon passender. Die ehemals großen Parteien haben das Vertrauen verloren, weil sie in den letzten Jahrzehnten in fast allen Bereichen die Meinungen der Bevölkerungsmehrheit abgeschmettert und konsequent dagegen gearbeitet haben. Die Demokratie wurde demonstriert. Es gibt sie in der Praxis des Lebens in Deutschland nicht mehr.

Ziel ist es, einer Entfremdung von Bürgern und Politik entgegenzuwirken und zur Versachlichung kontroverser Debatten beizutragen.

Dazu braucht es keinen Bürgerrat, sondern die Rückkehr der Politik zu einer bodenständigen Realisierung des Volkswillens. Nicht das Volk ist der Regierung verpflichtet, es ist die Regierung, die dem Volk verpflichtet ist. Gegenwärtig werden die Menschen belogen, betrogen und aus allen Entscheidungen ausgebootet. Das ist die Hauptursache für die Entfremdung von Bürgern und Politik und für die Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Solange das nicht beendet wird, nützt auch ein Bürgerrat nichts. Insbesondere dann nicht, wenn er sich nicht mit den Kernfragen der Landesführung, sondern mit Nebensächlichkeiten befassen soll. Wenn dann dazu noch das Nachfolgende verkündet wird, lösen sich alle weiteren Fragen in Nichts auf:

Eine Pflicht zur Berücksichtigung gibt es aber nicht: "Was umgesetzt wird und was nicht, entscheiden am Ende aber allein die Mitglieder des Deutschen Bundestages."

Mit dieser Grundhaltung wird das ganze Gebilde „Bürgerrat“ von Anfang an zu einer leeren Farce dezimiert. Mit einem unverbindlichen Schwatzverein ohne Entscheidungsbefugnisse kann man die Politik nicht im geringsten verändern.

Darin steckt von Beginn an das Potential, alle nichtregierungskonformen Meinungen der Mitglieder des Bürgerrats abzulehnen, sie ohne nähere Begründung als rechtspopulistisch einzuordnen, ihre Vertreter Nazis zu nennen und deren Ausschluß zu erwirken. Dadurch werden auch sie lernen, stillzuhalten, womit die gegenwärtig installierten Verfahrensweisen der ideologisch verschlissenen Politik sanktioniert und wie bisher üblich fortgesetzt werden. Die im Haushalt 2023 für den Bürgerrat vorgesehenen 3 Millionen Euro sind damit in den Sand gesetzt.

Das ganze Projekt Bürgerrat erweckt den Eindruck eines letzten Angstschreis der regierenden und der Oppositionsparteien in ihrer Erkenntnis, daß mit der jetzigen Politik die Chancen auf ihre Wiederwahl immer weiter schwinden. Es werden demokratiefreundliche und bürgernahe Floskeln vorgetäuscht, doch beim näheren Hinsehen erkennt man ihre Scheinheiligkeit.